

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

„Serbiens Beitrag für ein vereintes Europa“, unter diesem Titel erläutert, zum Auftakt dieser Doppel-Ausgabe unserer Zeitschrift, der serbische Außenminister Nikola Selaković die vorrangigen außenpolitischen Ziele seines Landes. Am wichtigsten, so der Minister, seien der „Schutz von Souveränität und territorialer Integrität [...], eine vollwertige Mitgliedschaft [in der EU, *d. Red.*] in der baldmöglichsten Zukunft, Förderung von bilateralen Beziehungen mit den wichtigsten Staaten der globalen politischen Szene [...], Bewahrung von Frieden und Stabilität in der Region, gute Beziehungen zu unseren Nachbarn und militärische Neutralität“. Serbien sei bereit zu weitgehenden Reformschritten und akzeptiere auch die „neue Methodologie“ bei den Beitrittsverhandlungen. Sehr wichtig sei bei allem die weitere Unterstützung durch Deutschland. In der Kosovo-Frage signalisiert der Minister Gesprächsbereitschaft und verweist dabei auf nicht verhandelbare staatliche Interessen. Zahlreiche Fortschritte habe man – knapp sechs Monate nach der letzten Regierungsbildung – im Bereich der Rechtsstaatlichkeit erreicht. Selaković sieht etwa die „Medienfreiheit aufgrund der Verfassung gewährleistet und die gesetzlichen Normen entsprechen ganz den EU-Standards“.

Durchaus im Einklang mit dem Minister steht die Forderung des ebenfalls in Belgrad tätigen Autors Michael Roick, dass die EU Südosteuropa durch weit größere politische und materielle Anstrengungen unterstützen und stabilisieren müsse. Roick erkennt auf dem Balkan zunehmende autoritäre Trends, die sich im Zuge der Corona-Krise verstärkt hätten. Insbesondere China und Russland seien dabei, massiven wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss in der Region zu etablieren. Mit Sorge sieht er hier gerade auch auf Serbien. Dem serbischen Präsidenten, so der Autor, scheint „mittlerweile das Wohlwollen Pekings wichtiger zu sein als eine politische Partnerschaft mit der EU“. Einen besorgniserregenden Aspekt chinesischen Engagements sieht Roick in einem zunehmend bedenklichen „Schuldenregime“ Pekings. Die EU müsse alles daransetzen, einem Abdriften Südosteuropas hin zu autoritären Bündnispartnern entgegenzuwirken.

Zu einem ernüchternden Ergebnis kommt der Politikwissenschaftler und Leiter eines Belgrader Think Tanks, Nikola Burazer, bei seiner Analyse der Situation der Medien in Serbien. Er sieht in Serbien eine *media capture*, die Vereinnahmung der Medien durch den Staat und die regierende Serbische Progressive Partei (SNS) und ihre Verbündeten am Werk. Dieses System habe tiefgreifende Effekte auf die Bedingungen von Wahlen, auf die Qualität öffentlicher Debatten und die Verantwortlichkeit der Regierung. In Serbien etablierte sich ein „kompetitives autoritäres Regime“ mit Elementen eines Einparteiensystems. Burazer bezweifelt, dass die EU mit einer neuen Medienstrategie und einem vom Europäischen Parlament initiierten Mediendialog an der weiteren *media capture* in Serbien etwas ändern kann.

Einen intellektuell sehr anregenden Ausflug in die Gedankenwelt des in Albanien geborenen kosmopolitischen Autors, Journalisten und Wissenschaftlers Gazmend Kapllani bietet ein Interview mit diesem. Es ist der Auftakt zu weiteren Gesprächen im Rahmen einer Serie „Balkan World Literatures“ in dieser Zeitschrift.

Die Erinnerung an und der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg, mit der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht und den deutschen Kriegsverbrechen in Südosteuropa, die Frage von Verantwortung und Wiedergutmachung war und ist im Jahr 2021 einer der Schwerpunkte in der Arbeit der Südosteuropa-Gesellschaft. Mit dem Thema „Holocaust, War Crimes and Memory Wars: WWII and the Balkans“ wird sich im Oktober 2021 die Internationale Hochschulwoche der SOG auseinandersetzen. Ein Themenschwerpunkt in diesem Heft versammelt insgesamt sieben Fachbeiträge zu Erinnerungskultur(en) zum Zweiten Weltkrieg in und zu Südosteuropa. Sie basieren überwiegend auf den Beiträgen zu zwei Online-Seminaren zu Beginn des Jahres 2021. Erinnerungen sind ebenso vielschichtig wie umstritten, entsprechend behandelt der Historiker Arnd Bauerkämper in seinem einführenden Beitrag die bestehenden „Erinnerungskonflikte“ und „Gedächtniskämpfe“ zwischen partikularen und universalistischen Narrativen. Auch das Thema deutscher Kriegsverantwortung und Wiedergutmachung ist heute, sechzig Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Jugoslawien und Griechenland, alles andere als erledigt. Am 14. April 2021 hat sich eine viel beachtete Online-Debatte der SOG mit der historischen Verantwortung in den deutsch-griechischen Beziehungen auseinandergesetzt. Dazu finden Sie eine ausführliche Darstellung im Berichtsteil, welche die Analysen in unserem Themenschwerpunkt sehr gut ergänzt.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht

Ihr Redaktionsteam
Hansjörg Brey

Stephani Strelake